

Petersberger Info

DIE LINKE. Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg

Februar 2021

Kita-Gebühren

Bereits seit fast zwei Monaten sollen die Kinder nicht in die Kitas kommen, so jedenfalls die Empfehlung der Landesregierung. Die Gemeinde hat trotzdem die Gebühren für den Kita-Besuch eingezogen. Für die U3-Betreuung sind das bis zu 280 Euro im Monat.

Nachdem das Land Hessen am 6. Januar zunächst angekündigt hatte, dass es während der Zeit des aktuellen Lockdowns zu keiner Erstattung der Kita-Gebühren kommen soll, haben wir am 7. Januar die Erstattung durch die Gemeinde beantragt.

Inzwischen empfehlen auch der Gemeindevorstand und – nach Protesten insbesondere der Eltern-

vereinigungen – auch das Land, die Kita-Gebühren bei Nichtbetreuung anteilig zu erstatten. Die Hälfte der so entstehenden Einnahmeausfälle will das Land den Kommunen und den freien Trägern ersetzen. Inzwischen hat die Gemeinde angekündigt, dass die Beiträge nach wie vor zum 20. eines Monats abgebucht werden, aber im Folgemonat eine Gutschrift erfolgen soll.

Wir hoffen, dass die Gemeindevertretung in ihrer Februarsitzung der Empfehlung der Landesregierung und unserem Antrag folgt. Hier unser Antrag vom 07. Januar:

„Die Gemeindevertretung beschließt den Wegfall der Kita-

Gebühren für nicht erbrachte Kita-Betreuung während der Zeit des aktuellen Lockdowns. Der Wegfall der Gebühren wird entsprechend der Satzungsregelung bei einer vorübergehenden Schließung angewandt.

Begründung:

Mit der im Oktober beschlossenen Satzungsänderung der Kita-Gebühren wurde eine Regelung bei vorübergehender Schließung getroffen. Diese Regelung sollte auch beim aktuellen Lockdown angewandt werden, um die Eltern, deren Kinder nun zu Hause betreut werden, finanziell zu entlasten.“

Gemeindekasse:

13,5 Millionen Euro zum 31.12.2020

Die Finanzen der Gemeinde Petersberg sind nach wie vor sehr gut.

Statt der zu Beginn des Jahres 2020 geplanten 8,5 Millionen Euro betrug der Finanzmittelbestand der Gemeinde zum Jahresende 2020 13,5 Millionen Euro. Auch wenn ein Großteil der Mittel bereits

für beschlossene bzw. beauftragte Maßnahmen vorgesehen ist, zeigt sich, dass die Gemeinde finanziell auf sicherer Basis steht. Für Ende 2021 plant sie einen Finanzmittelbestand von 6 Millionen Euro ein.

Das jährliche Haushaltsvolumen der Gemeinde beträgt ca. 32 Millionen Euro.

Aus dem Inhalt:

Seite 2

- Sammelplatz für Grünabfälle in Steinau
- Kaufpreis für Baugrundstücke der Gemeinde

Seite 3

- Betriebskostenverträge der Kitas
- Anfrage zum Schwesterngarten

Seite 4

- Unsere Arbeit und unsere Kandidierenden

DIE LINKE. Offene Liste

Sammelplatz für Grünabfälle in Steinau endlich befestigen

Das Abladen von Grünabfällen auf dem Sammelplatz in Steinau ist bei schlechtem Wetter ein großes Ärgernis.

Im Hinblick darauf, dass die Hutzeljungen dieses Jahr keine Weihnachtsbäume abholen, sind wir dankbar dafür, dass die Gemeinde den Grünabfallplatz in Steinau nun auch in den Monaten Januar und Februar geöffnet hat. Jeweils samstags können die Bürger ihre Weihnachtsbäume und ihren Baumschnitt dort abladen. Ein Wermutstropfen ist aber, dass man zum Abladen der Abfälle oft auf verschlammtes Gelände ausweichen muss, weil die

befestigte Fahrspur so schmal ist, dass keine zwei Autos aneinander vorbeifahren können. Dabei werden Schuhe und Autos erheblich verreckt. Manche Bürger weichen daher auf Abladestellen in anderen Gemeinden aus.

Deshalb haben wir für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung folgenden Antrag eingebracht:

Beschlussvorschlag:

„Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, der Gemeindevertretung zeitnah einen Vorschlag zur Umgestaltung bzw. Befestigung des Sammelplatzes

für Grünabfälle in Steinau vorzulegen, so dass die Bürgerinnen und Bürger zukünftig beim Abladen der Abfälle nicht mehr durch Schlamm fahren bzw. laufen müssen.

Begründung:

Derzeit ist auf dem Gelände lediglich eine Durchfahrtsstraße asphaltiert. Zum Abladen der Abfälle muss man auf unbefestigtes Gelände fahren. Im Herbst, Winter und Frühjahr sowie bei Regenwetter führt das regelmäßig zu verreckten Autos, Anhängern und Schuhwerk.“

Ärger um Grundstückspreise

Statt Klarheit zu schaffen, wollen nach unserer Einschätzung, CDU und Gemeindevorstand von ihren eigenen Fehlern mit mehreren Falschmeldungen und Unterstellungen ablenken.

Wir weisen die auf den Homepages gemachten unrichtigen Behauptungen des Gemeindevorstandes und der CDU zurück.

Die Fraktion Die Linke.Offene Liste hat den Protest der Bürger bezüglich der hohen Grunderwerbssteuer aufgegriffen und bereits im Jahr 2018 in der Gemeindevertretung eine Änderung der Kaufverträge beantragt. Unsere Ziel ist es, Bauen und Wohnen günstiger zu gestalten, indem der Grunderwerbspreis und die Erschließungskosten getrennt eingefordert werden. Für den Gehäusküppel hat die

Gemeindevertretung erstmals beschlossen, die Bauplätze zu einem günstigeren Kaufpreis anzubieten und Erschließungsbeiträge getrennt in Rechnung zu stellen.

Nicht nachvollziehbar bleibt für uns, warum die Gemeinde die im November angebotenen Grundstücke am oberen Himmelsacker wieder zu einem Preis inklusive Erschließung angeboten hat. Dies haben wir kritisiert und einen Antrag gestellt, um in der Gemeindevertretung einen Beschluss analog zu der Angebotsregelung Am Gehäusküppel zu fassen.

Wenn der Gemeindevorstand nun erklärt, er wolle die Kaufverträge für Bauplätze am oberen Himmelsacker ebenfalls günstiger gestalten, begrüßen wir das. Hilfreich wäre es, wenn der Gemeindevorstand endlich Klarheit für die Bürger schafft,

anstatt durch intransparente und nicht nachvollziehbare Informationspolitik zu Unklarheiten beizutragen.

Dazu unsere Fragen:

Welcher Kaufpreis wird für die Kaufverträge für die Grundstücke am oberen Himmelsacker festgelegt?

Wird der Vertrag so gestaltet, dass die Grunderwerbssteuer nur auf die Grunderwerbskosten erhoben wird, oder wird doch ein nicht unerheblicher Teil der Erschließungskosten dem Grunderwerb zugerechnet?

Unsere ausführliche Stellungnahme zu den Grundstückspreisen unter:

<https://www.linke-kreis-fulda.de/petersberg/gemeindevertretung/infos/>

Betriebskostenverträge der Kitas

Die Gemeinde hat neue Betriebskostenverträge mit kirchlichen Kitas abgeschlossen.

Ohne Beteiligung der Gemeindevertretung hat der Gemeindevorstand mit kath. Kirchengemeinden im Dezember 2020 neue Betriebskostenverträge für die kirchlichen Kindergärten geschlossen. Bis heute ist nicht bekannt, welche finanziellen Auswirkungen diese für die Kommune haben.

Während der Haushaltberatungen Ende letzten Jahres hatten wir um Auskunft gebeten und eine Anpassung der Verträge verlangt. Denn die Kommunen des Landkreises haben sich vor einigen Monaten mit den kirchlichen Vertretern darüber verständigt, dass die Kommunen ab 2020 statt 75 Prozent 80 Prozent der ungedeckten Betriebskosten der Kitas übernehmen.

Während die Gemeinde Petersberg für zwei Kitas mit sechs Gruppen 75 Prozent übernimmt, werden für

zwei weitere Kitas mit neun Gruppen 100 Prozent übernommen. Diese unterschiedliche finanzielle Beteiligung der Kommune scheint uns fragwürdig.

Außerdem könnte die Gemeinde Petersberg durch eine entsprechende Anpassung der Verträge schätzungsweise 150.000€ einsparen. Deshalb beantragten wir, in der Haushaltsberatung diese unverzüglich mit Wirkung für den Haushalt 2021 zu vereinbaren.

Diesen Antrag lehnten CDU und CWE ab. Um Klarheit über die neuen Vereinbarungen zu erhalten, haben wir nun folgende Anfrage gestellt:

„1. Wie hoch waren die Betriebskostenzuschüsse der Gemeinde in den Jahren 2018, 2019 und 2020 für die Kita

- St. Peter im Ortsteil Petersberg
- St. Jakobus in Steinau
- St. Margareta in Margrethenhaun
- St. Aegidius in Marbach?

2. Welche Änderungen wurden durch den Abschluss der neuen Betriebskostenverträge zum 01.01.2021 vereinbart und welche finanziellen Auswirkungen erwartet der Gemeindevorstand bezogen auf die einzelne Kita für den Haushalt 2021 gegenüber 2020?

3. Werden von der Gemeinde Leistungen im Zusammenhang mit den kirchlichen Kitas erbracht, welche nicht in den entsprechenden Betriebskostenabrechnungen erfasst sind?

Wenn ja, in welcher kirchlichen Kita, mit welchem finanziellen Aufwand je Kita?“

Sollten die Antworten wieder nur unvollständig sein, werden wir prüfen, ob die Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses notwendig ist.

Weitere Informationen auf unserer Homepage:

<https://www.linke-kreis-fulda.de/politik/aktuell/>

Anfrage zum Schwesterngarten

Ab dem Haushaltsplan 2017 tauchen im Ergebnishaushalt Ausgaben für einen Schwesterngarten auf. Im Haushaltsplan 2021 ist ein Betrag in Höhe von 30.000 Euro für (Produkt 55101: Öffentliches Grün, Landschaftspflege) für eine nicht näher beschriebene Investition enthalten. Deshalb haben wir folgende Anfrage gestellt:

1. Handelt es sich bei der betreffenden Fläche um

öffentliches Grün?

2. Wofür ist die Investition in Höhe von 30.000,- Euro vorgesehen?

3. Ist der Schwesterngarten öffentlich zugänglich?

4. Wem gehört der Schwesterngarten?

5. Gibt es einen Nutzungsvertrag?

6. Wird für das Grundstück Grundsteuer B erhoben?

7. Gilt noch der Bebauungsplan Nr. 6, Petersberg, vom 1.10.2003?

8. Haben 2019 und 2020 im Schwesterngarten öffentlich zugängliche Veranstaltungen stattgefunden, wenn ja welche?

9. Könnte für diese Veranstaltungen nicht anstelle des Schwesterngartens die „Grüne Lunge“ genutzt werden wie 2019 für die Veranstaltung „Offene Gärten“?

Unsere Arbeit und unsere Kandidierenden

Liebe Mitbürger/innen,

seit 10 Jahren ist die Linke.Offene Liste in Petersberg für Sie in der Gemeindevertretung. In den vergangenen Jahren haben wir stets Anregungen und Bitten der Bürger aufgegriffen und ins Parlament gebracht.

Einige wichtige Entscheidungen konnten haben wir angestoßen. So konnten wir mit den Bürgerinitiativen entscheidend zur Abschaffung der Straßenbeiträge in der Gemeinde Petersberg beitragen.

Eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B im Zusammenhang mit der Abschaffung der

Straßenbeiträge konnte auch durch unser Mittun vermieden werden.

Zur Senkung der Wasserpreise haben wir ebenfalls beigetragen. Zu den Kita-Gebühren und deren Anpassung während der Corona-Krise waren wir mehrmals aktiv.

Transparenz liegt uns besonders am Herzen. Leider findet in der Gemeinde immer noch viel hinter verschlossenen Türen statt.

Wir haben die gesetzlich vorgeschriebene Durchführung von Bürgerversammlungen eingefordert. Auf unseren Antrag hin wurde eine Richtlinie zur Vergabe von gemeindlichen Wohnungsbaugrundstücken beschlossen.

Ziele für die kommende Wahlperiode sind u.a.

- mehr Transparenz bezüglich der Entscheidungen in der Gemeinde
- mehr Mitsprache der Bürger bei Sitzungen und mehr Bürgerversammlungen
- mehr Entscheidungsmöglichkeiten für die Ortsbeiräte
- Schaffung von Vereins-, Senioren- und Jugendzentren in den Ortsteilen
- Anbindung der Ortsteile an das Anrufsammeltaxi-system der Stadt Fulda
- Befestigung des Sammelplatzes für Grünabfälle in Steinau
- U3-Kita-Gruppen in allen Ortsteilen
- barrierefreie Gestaltung der Friedhöfe und ein weitergehendes Angebot an Bestattungsformen.

Unsere Kandidierenden



Michael Wahl



Herbert Kraft



Torsten Jahn



Martina Rahn

Gemeindevertretung

1. Michael Wahl
2. Herbert Kraft
3. Torsten Jahn
4. Wolfgang Pfeffer
5. Dirk Peterek
6. Martin Huss-Potocnik
7. Ralf Schöffmann
8. Wolfgang Kött
9. Heinz-Josef Klein
10. Edmund Labendz
11. Ewald Jonas
12. Maximilian Kernwein
13. Kai-Eric Rauch

Ortsbeirat Petersberg

1. Herbert Kraft
2. Torsten Jahn
3. Dirk Peterek
4. Maximilian Kernwein

Ortsbeirat Marbach

1. Michael Wahl
2. Martina Rahn
3. Martin Huss-Potocnik
4. Ralf Schöffmann
5. Heinz-Josef Klein
6. Ewald Jonas

Impressum:

Die Linke.Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg
Kirschgrund 3
36100 Petersberg

<https://www.linke-kreis-fulda.de/petersberg/gemeindevertretung/infos/>

Vorsitzender: Michael Wahl
Tel. 0661 64141
E-Mail: michaelwahl@t-online.de

Stellv. Vorsitzende: Martina Rahn
Tel. 0661 606186
E-Mail: martinarahn@gmx.net